

N. Fest: Akademisierung und Zukunftsfähigkeit



Gemeinhin gilt die Akademisierung als Ausweis für den Bildungsstand und die Zukunftsfähigkeit eines Volkes. Auch die OECD mit ihren bekannten PISA-Studien verfährt so. Daher wenig überraschend: Deutschland toll, Burundi schlecht. Tatsächlich scheint das Gegenteil richtig: Der Akademisierungsgrad ist längst zur Gefahr für dieses Land geworden. Zutreffend bemerkte Axel Robert Göhring kürzlich bei Tichys Einblick, nur Studenten oder Akademiker hängen der Willkommenskultur an; wer dagegen in einem Lehrberuf arbeite oder ohne Ausbildung tätig sei, sähe den un gelenkten Zuzug von Migranten überwiegend skeptisch.

Dieses Wahrnehmungsgefälle ist nicht ganz neu. Spätestens mit den Reformen der 1970er Jahre verließ der Realitätssinn endgültig die Universitäten und machte Platz für den Glauben an die ideale Welt. Nicht zufällig ähneln seit dieser Zeit die universitären Cafeterien evangelischen Begegnungsstätten, mit Postern und Handzetteln zu Fair Trade, Inklusion, Transgender-Themen und zur tätigen Nächstenliebe für irgendwelche Zwergvölker. Auch darin zeigen sich Wertigkeiten: Nicht Wissen ist Kern der universitären Ausbildung, sondern Barmherzigkeit.

Das war, solange nur ein kleiner Teil der Schulabgänger studierte und das Abitur einen gewissen Mindeststandard sicherte, auch kein Problem. Beides hat sich jedoch grundlegend geändert. Immer mehr Schulabgänger strömen an die Universitäten, immer weniger entspricht die Hochschulreife

ihrem eigenen Anspruch. So verschiebt sich das Verhältnis zwischen Realisten und Träumern. Die formal ungebildeteren Klassen mit ihrem deutlich größeren Wirklichkeitssinn geraten zunehmend in die Defensive.

Diese Erfahrung macht auch, wer im Bekanntenkreis diskutiert. Nur bei Akademikern findet man jenes starrsinnige Beharren auf einer weltumfassenden Ethik, die keine Kompromisse kennt; und nur bei ihnen jene zwanghafte Resistenz gegenüber jedem Argument. Dass Diskussionen, sollen sie Erkenntnis vermitteln, zunächst einmal darauf beruhen, die Gegenpositionen zur Kenntnis zu nehmen, scheinen viele nicht zu wissen; und leider auch nicht, dass ein Mindestmaß an Informiertheit nicht notwendig schadet. Ein Chemiker, der nach eigener Auskunft weder den Koran noch irgendeinen Klassiker zu den politischen Strukturen des Islam gelesen hat, eröffnet das Gespräch mit der Feststellung, jede Kritik am muslimischen Glauben sei rassistisch. Eine Zahnärztin, die die Federalist Papers für einen Hygieneartikel von Rossmann halten dürfte, belehrt mit Ausführungen über das Verhältnis von Staat zu Religion. Und eine Musikerin klagt im schrillen Diskant über das ‚peinlich-absurde‘ Parteiprogramm der AfD, das den Zuzug von Ausländern verbiete, Frauen an den Herd verbanne und das musikalische Repertoire auf deutsche Opern und deutsche Musik begrenze. Den Google-gestützten Beweis, dass nichts davon im Parteiprogramm steht und allein ihre Unkenntnis peinlich-absurd ist, übergeht sie. Auch wenn der Grund aller Empörung entfällt, will man doch an ihr festhalten.

Diese drei Fälle sind keineswegs Ausreißer – vielmehr erlebt man solche Gespenstergespräche jeden Tag. Während sich jene Chemiker, Ärzte oder Musiker auf dem Gebiet ihrer Profession mit guten Gründen nichts von jemandem außerhalb ihres Faches sagen lassen würden, halten sie den umgekehrten Weg für selbstverständlich. Denn die aktuellen staatspolitischen und ethischen Fragen werden weniger vom Bedürfnis der Erörterung beherrscht, sondern von dem der Belehrung. Da lässt man sich

ungern von Fakten beirren. Folgerichtig lautet das erste Gesetz der Debatte, mangelnde Kenntnisse durch Entschlossenheit auszugleichen.

Und das zweite heißt: Beharrung. Selbst wenn jedes Argument widerlegt, jeder Einwand entkräftet wurde, lautet die ewig gleiche Formel: „Aber dennoch...“ So erklärt man Argumente für irrelevant – und damit auch jeden Diskurs. Es ist eine Regression ins Infantile: Wer beim Halma verliert, wischt die Spielfiguren vom Brett. In der Debatte ist dieses Wegwischen der Verweis auf rein subjektive Antipathien: Ja, zugestanden, inhaltlich habe man schon recht, aber jemanden, der so aussähe wie Frau von Storch oder Frau Petry, den könne man einfach nicht wählen. Dass dieser Einwand, will man ihn denn so nennen, zumeist von Frauen kommt, macht ihn nicht weniger äußerlich. Und nicht einmal der Hinweis, dass auch Claudia Roth, Renate Künast oder die Bundeskanzlerin kaum der Venus von Botticelli gleichen, führt zur Besinnung. Mit Akademikern, so muss man feststellen, ist schwer zu reden.

Doch mag das ein Anlaß zur Hoffnung sein, wenn auch nicht für dieses Land. Denn Burundi liegt nicht nur bei der Akademisierung weit hinter Deutschland, sondern ebenso in Sachen Veggie-Day, Unisex-Toiletten und Radwegen. Gute Voraussetzungen für eine staatspolitisch glänzende Zukunft.

(Gefunden auf nicolaus-fest.de)